



**Landkreis  
Rotenburg**  
(Wümme) | Der Landrat

## **Niederschrift**

über die  
**8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und  
Gesundheit**  
am **28.02.2019**  
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

### **Teilnehmer:**

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Ernst Behrens	Vertretung für Abgeordneten Erich Gajdzik
Abg. Jürgen Borngräber	Vertretung für Abgeordnete Heike Behr
Abg. Doris Brandt	
Abg. Heinz-Friedrich Carstens	
Abg. Ute Gudella-de Graaf	
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Ursula Hoppe	
Abg. Hans-Joachim Jaap	
Abg. Ingolf Lienau	
Abg. Rolf Lüdemann	Vertretung für Abgeordneten Hans-Jürgen Krahn
Abg. Dr. Klaus Rinck	
Abg. Erika Schmidt	
Abg. Rainer Sommermann	

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Abg. Nils Bassen  
Frau Gisela Flake  
Herr Hüseyin Sarigül  
Herr Helmut Sündermann

#### **Verwaltung**

Ltd. KVD'in Imke Colshorn  
KA Frank Intemann  
KOI Ralf Baumann  
Ltd. MD'in Carmen Menzel  
Herr Gerd Hachmöller  
Herr Gregor Stein  
Frau Marie Charbonnier  
Frau Dörte Erber  
KI'in Lara-Fabienne Schaper

Entschuldigt:

## **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heike Behr  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Hans-Jürgen Krahn

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 14.11.2018
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Aktivitäten der Gesundheitsregion Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2016-21/0651
- 6 Bericht zur Integration von Zuwanderern im Landkreis  
Vorlage: 2016-21/0650
- 7 Sachstand zur Einführung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)  
Vorlage: 2016-21/0652
- 8 Bericht des Jobcenters zum Langzeitleistungsbezug im Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2016-21/0649
- 9 Anfragen

### **b) nichtöffentlicher Teil**

- 10 Berichte und Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vors. Schmidt** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 14.11.2018**

---

Die Mitglieder des Ausschusses fassen den nachstehenden Beschluss.

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales vom 14.11.2018 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Ltd. KVD'in Colshorn** berichtet über das Modellprojekt „Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt“, um das sich das Jobcenter des Landkreises beworben hat. Ziel dieses Modellprojektes ist es, arbeitslose Menschen für einen gesundheitsförderlichen Lebensstil sowie deren Bedeutung für die (Re-)Integration in das Erwerbsleben zu sensibilisieren und diese zur Teilnahme an präventiven Maßnahmen der Krankenkassen sowie weiterer gesundheitsfördernder regionaler Angebote zu motivieren. Hierdurch soll eine Verbesserung bzw. Aufrechterhaltung der individuellen Leistungs- und Beschäftigungsfähigkeit, die Aktivierung und die Verbesserung sozialer Teilhabechancen erreicht werden. Die Laufzeit des Projektes in der aktuellen Konzeption ist bis Ende 2019 angelegt – danach wird über die angestrebte bundesweite Etablierung des Projektes entschieden.

Weiter berichtet **Ltd. KVD'in Colshorn**, dass der örtliche Beirat für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) bezüglich der Regelung des § 16i SGB II (Teilhabe am Arbeitsmarkt) als weitere Kompetenz künftig eine jährliche Stellungnahme zu den Einsatzfeldern der Langzeitleistungsbeziehern abgeben muss. In der Stellungnahme sollen die Mitglieder des Beirates insbesondere zu einer möglichen Wettbewerbsverzerrungen sowie Verdrängungseffekten eine Einschätzung abgeben.

Zuletzt informiert **Ltd. KVD'in Colshorn**, dass der Bundesgesetzgeber Gesetzesänderungen in Bezug auf Bildung und Teilhabe sowie den Kinderzuschlag (Starke-Familien-Gesetz) plant. So sollen beispielsweise der Betrag für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf von 100 € auf 150 € erhöht werden und die Eigenanteile bei der Mittagsverpflegung und der Schülerbeförderung entfallen.

Im Anschluss meldet sich **Abg. Borngräber** zu Wort und erkundigt sich, ob für die Zukunft angedacht ist, die Mitgliederzahl der Kreistagsabgeordneten im örtlichen Beirat für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu erhöhen. **Ltd. KVD'in Colshorn** erklärt, dass eine Aufstockung der Mitglieder aus dem Kreistag vorerst nicht erforderlich sei. Durch die Änderung kommt nur eine zusätzliche, gesetzlich verankerte Aufgabe zu den bisherigen Aufgaben hinzu.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Aktivitäten der Gesundheitsregion Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2016-21/0651**

---

**Vors. Schmidt** erteilt **Ltd. MD'in Menzel** das Wort, die die Mitteilungsvorlage des Gesundheitsamtes präsentiert. Sie informiert darüber, dass eine Anmeldung zur dritten regionalen Gesundheitskonferenz in Bremervörde bis zum 22.05.2019 möglich ist. **Ltd. MD'in Menzel** erläutert, dass der digitale Gesundheitswegweiser fertig gestellt ist und am kommenden Montag, dem

04.03.2019, online gestellt wird. Zunächst ist er nicht für jedermann zugänglich – die allgemeine Nutzung soll ab April 2019 möglich sein.

Auf Nachfrage von **Vors. Schmidt** erklärt **Frau Charbonnier**, dass die „MiMi's“ durch die Koordinierungsstelle und die Gesundheitsregion in Zusammenarbeit mit dem Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. geschult werden.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht zur Integration von Zuwanderern im Landkreis**  
**Vorlage: 2016-21/0650**

---

**Herr Hachmöller** beginnt mit der Vorstellung über die Gesamtsituation der Integration von Zuwanderern im Landkreis Rotenburg (Wümme). *Anmerkung zu Protokoll: Die geänderte Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.* Auf Nachfrage von **Abg. Brandt** führt er aus, dass die Ausländerzahlen im Landkreis Rotenburg (Wümme) nach seiner Einschätzung nicht die Saisonarbeiter, die beispielsweise zum Spargel stechen kommen, beinhalten dürften, weil diese sich vermutlich nicht in der jeweiligen Kommune beim Einwohnermeldeamt anmelden.

Zur aktuellen Situation des Sozialamtes führt **KA Intemann** aus, dass die divergierenden Personenzahlen auf den Folien 8 und 9 daher kommen, dass die Personenzahl lt. offizieller Statistik für das Jahr 2018 aus den Mittelwerten der vergangenen fünf Quartalen ermittelt wurden. Die Zahl für das vergangene Quartal ist bisher noch nicht offiziell festgestellt worden. Demgegenüber wurde die Gesamtsumme der Personen, die Asyl-Leistungen im Landkreis Rotenburg (Wümme) erhalten, zum Stichtag 31.12.2018 festgestellt.

Auf Nachfrage von **Abg. Lienau** führt **Herr Stein** zur aktuellen Situation des Jobcenters aus, dass bei der Vermittlung von Sprachkursen keine Unterscheidung der Kunden unter und über 25 Jahren gemacht würde bzw. für die Sprachkurse auch keine Altersgrenze gelte.

**Abg. Sommermann** erkundigt sich nach den unterschiedlichen Zahlen zur Arbeitsaufnahme auf den Folien 13 und 15 der Präsentation. Hierzu erläutert **Herr Stein**, dass die in Folie 13 angeführten 82 Flüchtlinge aufgrund von Arbeitsaufnahme und hiermit verbundenem ausreichendem Einkommen aus dem Leistungsbezug ausgeschieden sind. Demgegenüber bildet die Zahl auf Folie 15 nur die Arbeitsaufnahmen ab und enthält noch keine Aussage darüber, ob durch das Erwerbseinkommen der Lebensunterhalt vollständig sichergestellt sei.

Bezugnehmend auf die speziellen Maßnahmen für Flüchtlinge auf Folie 16 erkundigt sich **Abg. Brandt**, welche Maßnahmen durch das Jobcenter ergriffen werden, um die Motivation an einem höheren Sprachniveau zu fördern. **Herr Stein** führt aus, dass es sich insgesamt schwierig gestaltet, hier die Motivation zu fördern. Er stellt hier insbesondere zwei Ursachen in den Fokus – einerseits möchte eine Vielzahl der Flüchtlinge gerne schnellstmöglich Arbeiten und hat kein Interesse an weiteren Sprachkursen und andererseits gibt es den Personenkreis, der bereits öfter einen Sprachkurs nicht bestanden hat und dementsprechend schwer zu motivieren sei. **Abg. Bassen** erkundigt sich, ob es Erfahrungen dazu gebe, ob die Arbeitgeber mit den Flüchtlingen auch Englisch sprechen, wenn diese die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen. Konkrete Erfahrungen seien hier laut **Herrn Stein** nicht bekannt. **Abg. Brandt** ergänzt, dass im Alltag Deutschkenntnisse unumgänglich seien und verweist hier insbesondere auch auf den Auszug aus einer Flüchtlingsunterkunft in eine eigene Wohnung – hier ergeben sich bereits bei der Ummeldung, der Anmeldung des Stromzählers und vielen weiteren Kleinigkeiten Schwierigkeiten. **Herr Stein** merkt an, dass die Aufgabe des Jobcenters die Integration in den Arbeitsmarkt sei. **Ltd. KVD'in Colshorn** weist zudem darauf hin, dass der Kreis bereits seit 2016 den Kommunen eine finanzielle Fördermöglichkeit für Integrationshelfer über die Stabstelle Kreisentwicklung anbietet und für die sog. Integrationspauschale 1 Million Euro im Haushaltsplan 2019 zur Verfügung stehen. **Herr Sarigül** erkundigt sich nach den Themen der Integrationskurse – hier erklärt **Herr Stein**, dass die Themen der Integrationskurse vom BAMF vorgegeben werden und hier keine Einflussmöglichkeit bestehe. Der Landkreis selbst biete nur ergänzende Sprachkurse an, bei denen auch eine Einflussnahme auf die Inhalte möglich sei.

Von **Frau Charbonnier** wird anschließend die mehrsprachige App „Integreat“ vorgestellt, die seit fast einem Jahr verfügbar ist und unter anderem Informationen über den Landkreis und regionale Angebote gebe, aber auch bei beispielsweise bei der Ummeldung Unterstützung bieten kann.

**Frau Erber** stellt das Projekt „Mama lernt Deutsch“ vor und beschreibt, welche Barrieren bzw. Hindernisse sich insbesondere für die geflüchteten Frauen bei dem Spracherwerb ergeben. **Abg. Lüdemann** erkundigt sich, ob auch Männer an dem Projekt teilnehmen können. Hier weist **Frau Erber** darauf hin, dass im Rahmen dieses Projektes der Fokus gerade auf Mütter und deren spezielle Rolle und Bedürfnisse gelegt wurde. **Abg. Brandt** erkundigt sich, ob für die Mütter, die aufgrund zu geringer Nachfrage einer anderen Grundschule zugeordnet wurden, die Fahrtkosten zu dem Projekt übernommen werden und ob bei der Terminplanung auch die Zeit für den Weg zur anderen Grundschule einkalkuliert wird. Es bestehen laut **Frau Erber** aktuell Überlegungen, die Fahrtkosten zu übernehmen. Zur Frage von **Abg. Hoppe**, ob Unterschiede hinsichtlich der Effektivität und Qualität der Sprachkurse im Nord- und Südkreis erkennbar seien, kann **Frau Erber** keine verlässliche Aussage treffen. Aufgrund von insbesondere Datenschutzproblemen könne hier keine verlässliche Erhebung durchgeführt werden. Insgesamt würden alle Sprachkurs-Niveaus abgedeckt. **Herr Hachmöller** ergänzt, dass ein leichtes Gefälle zwischen dem Umland und den Mittelbezirken erkennbar sei. Er betont zudem, dass der Landkreis bei der aktuellen Maßnahmenplanung den Fokus auf Mütter gelegt hat, weil diesen eine zentrale Rolle bei der Integration ihrer Kinder zukommt. Beispielsweise sei ein Frauensporttag in Bremervörde geplant.

**Ltd. KVD'in Colshorn** weist im Zusammenhang mit einer Frage von **Abg. Brandt** über die beantragten Gelder aus dem QuiK-Programm (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten) darauf hin, dass das Antragsverfahren noch laufe und weitere Informationen zur Richtlinie im Jugendhilfeausschuss gegeben würden.

Auf Nachfrage von **Herrn Hachmöller** stimmen die Ausschussmitglieder zu, dass die Fortschreibung des Maßnahmenplans zur gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern im Landkreis Rotenburg (Wümme) künftig jährlich und nicht mehr, wie bisher, halbjährlich erfolgen soll.

Um 15:30 Uhr kommt Abgeordneter Rinck zur Sitzung.  
Um 16:00 Uhr verlässt Abgeordneter Lienau die Sitzung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Sachstand zur Einführung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG)**  
**Vorlage: 2016-21/0652**

---

**KOI Baumann** erläutert den Sachstand zur Einführung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) und betont, dass es zu erheblichen Veränderungen der Verfahrensabläufe kommen wird. Darüber hinaus weist er auf die aktuell vorherrschende Planungsunsicherheit hin, weil bisher noch keine zuverlässigen Prognosen über die künftige Zuständigkeit abgegeben werden können.

**Abg. Lüdemann** erkundigt sich, wie er sich die Hilfen im Kindergarten vorzustellen habe und wer die Hilfen beantragen könne. Insbesondere interessiert er sich dafür, ob auch der Kindergarten selbst Leistungen der Eingliederungshilfe beantragen könne, weil hier möglicherweise der Bedarf früher erkannt werde. **KOI Baumann** weist darauf hin, dass dem Sozialamt der Bedarf nur bekannt gemacht werden müsse, damit seitens des Sozialamts Maßnahmen ergriffen und die Erziehungsberechtigten kontaktiert werden könnten. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die aus dem Datenschutz resultierende Problematik hin.

**Abg. Gudella-de Graaf** spricht die Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen an und erkundigt sich, inwieweit der Träger zukünftig die Kosten decken könne, wenn die Zahlungen direkt an die Leistungsbezieher erfolgen und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, an den Leistungsanbieter. **Ltd. KVD'in Colshorn** weist auf die noch zu führenden Gespräche zwischen allen Beteiligten, insbesondere auch mit den Anbietern, hin. Ergänzend führt

**KOI Baumann** aus, dass in den kommenden Monaten intensive Klärungen erfolgen werden und sich im April die Arbeitsgruppe mit den Trägern zusammensetzt.

Um 16:35 Uhr verlässt Abg. Gudella-de Graaf und um 16:40 Uhr Abg. Carstens die Sitzung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Bericht des Jobcenters zum Langzeitleistungsbezug im Landkreis Rotenburg (Wümme)**  
**Vorlage: 2016-21/0649**

---

**Herr Stein** präsentiert den Bericht des Jobcenters zum Langzeitleistungsbezug. **Abg. Brandt** erkundigt sich, wie viele Menschen durch die Instrumente des Teilhabechancengesetzes (§§ 16e, 16i SGB II) erreicht werden könnten und ob sich diese Instrumente auch an sogenannte „Aufstocker“ richten. **Herr Stein** führt hierzu aus, dass sich das Instrument des § 16e SGB II „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ nur an Leistungsbezieher richtet, die mindestens zwei Jahre arbeitslos waren. Das Instrument des § 16i SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ richte sich an Personen, die für mindestens sechs der vergangenen sieben Jahre Arbeitslosengeld II bezogen haben und in dieser Zeit nicht oder nur kurzzeitig beschäftigt waren. Die sogenannten „Aufstocker“ könnten mit diesen Instrumenten also regelmäßig nicht gefördert werden. Zudem könnten nur Leistungsbezieher gefördert werden, die dem Arbeitsmarkt auch tatsächlich zur Verfügung stehen – insofern könnten nicht diejenigen in u.a. Schule, Studium, Ausbildung, Kleinkindererziehung und Pflege von Angehörigen gefördert werden. Ergänzend führt **Ltd. KVD'in Colshorn** aus, dass aufgrund der geringen Arbeitslosenquote einhergehend mit einer seit vielen Jahren geringen Zahl von Langzeitbezieher insgesamt nur eine geringe Zahl von Menschen überhaupt erreicht werden könne.

Auf Nachfrage von **Abg. Holsten** informiert **Herr Stein** darüber, dass es hier im Landkreis wenige Ausbildungen in Teilzeit gäbe.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Abg. Borngräber** spricht die schlechte telefonische Erreichbarkeit des Jobcenters an. **Ltd. KVD'in Colshorn** sagt zu, nochmals für die Sicherstellung der Erreichbarkeit des Jobcenters während der Öffnungszeiten zu sensibilisieren.

## **b) nichtöffentlicher Teil**

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

---

Da keine weiteren Berichte und Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Schmidt** die Sitzung um 17:15 Uhr.

*gez. Schmidt*  
Vorsitzende

*gez. Colshorn*  
Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin

*gez. Schaper*  
Protokollführerin